

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

29. Sitzung
28. Oktober 2013

Beginn: 14.09 Uhr
Schluss: 16.07 Uhr
Vorsitz: Frank Jahnke (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

1. Aus welchen Gründen wurde dem Vorschlag der Fritz-Kühn-Gesellschaft, einen würdigen Ort für den Nachlass des international renommierten Metallbildhauers Fritz Kühn zu schaffen, abgelehnt, und was gedenkt der Senat zu unternehmen, um das Werk Fritz Kühns dauerhaft zu erhalten?
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) antwortet auf die Frage von **Wolfgang Brauer** (LINKE), dass damit zu Recht die Wertschätzung für das künstlerische Werk von Fritz Kühn angesprochen werde. Bekanntlich bemühe sich auch die Fritz-Kühn-Gesellschaft seit vielen Jahren um eine Sicherung und dauerhafte Präsentation der Werke von Fritz Kühn in Berlin, und das sei von der Kulturverwaltung auch stets unterstützt worden. Man befinde sich in intensiven Gesprächen mit der Fritz-Kühn-Gesellschaft und dem Bezirk Treptow-Köpenick. Die Fritz-Kühn-Gesellschaft habe die Errichtung eines Fritz-Kühn-Museums favorisiert – neben der Metallwerkstatt. Dort sei seit Jahrzehnten ein Gelände angemietet worden, um ein solches Museum zu errichten, das der Verein habe betreiben wolle.

Die Kulturverwaltung habe dies unterstützt, aber leider sei der betreffende Antrag bei der Stiftung Deutsche Klassenlotterie in diesem Jahr abgelehnt worden. Man habe einen Nachbesserungsversuch unternommen – immer in Abstimmung mit der Fritz-Kühn-Gesellschaft und der Familie von Fritz Kühn. Diese habe mit Beratung seitens der Kulturverwaltung einen neuen Antrag gestellt, um wenigstens das Grundstück zu erwerben und möglicherweise auf den Museumsbau zu verzichten. Aber auch dies sei leider abgelehnt worden. Insofern befinde man sich jetzt in einer sehr schwierigen Situation. Neben den plastischen Werken von Fritz Kühn

lagere dort auch noch ein umfangreicher Papiernachlass, den man sicherlich archivtechnisch bearbeiten, digitalisieren und besser aufbewahren könnte.

Nach dem letzten Lotto-Antrag habe die Kulturverwaltung Kontakt mit dem Kunstarchiv in Beeskow und mit der Berlinischen Galerie aufgenommen. Mit dessen Direktor sei er auch persönlich vor Ort gewesen – vor der Lotto-Antragstellung –, um diesen Nachlass anzusehen. Die Akademie der Künste habe er in der letzten Woche in Bezug auf den Papiernachlass angeschrieben. Er werde auch noch mit der Wohnungsbaugesellschaft weiter Kontakt aufnehmen, um das Grundstück erst einmal vorläufig zu sichern, denn dort drohe akut eine Räumung, was katastrophal wäre. Man wisse um die große Bedeutung dieses Künstlers und des Nachlasses und arbeite an diesem Thema, aber eine Lösung könne er noch nicht versprechen.

Wolfgang Brauer (LINKE) erklärt, dass er den Lösungsansatz unterstütze, zunächst einmal das Grundstück zu sichern, ehe man über ein Museum nachdenke. Es gehe seines Wissens um die vergleichsweise geringe Fläche von knapp 5 700 qm², und in Bezug auf andere Künstler – Stichwort: Bernhard-Heiliger-Stiftung – seien die Probleme offenbar geringer gewesen. Was werde die Kulturverwaltung unternehmen, um Art. 35 Einigungsvertrag zu berücksichtigen? Darin sei vorgeschrieben, dass solche künstlerisch wertvollen Bestandteile des nationalen Kulturerbes in Gänze gewahrt blieben, und der Nachlass von Fritz Kühn habe seinerzeit diese Klassifikation erhalten. Die Übernahme von Teilen des photographischen Nachlasses durch eine Einrichtung oder des schriftlichen Nachlasses durch eine andere bedeute eine Zersplitterung respektive Zerstörung dieses als Einheit wichtigen Bestandes.

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) betont, dass auch er diese Zersplitterung verhindern wolle. Er hoffe sehr, dass es doch in letzter Minute zusammen mit der Fritz-Kühn-Gesellschaft und Dritten gelingen werde, den Nachlass zusammenzuhalten. Das bedeute nicht, dass z. B. der Papiernachlass nicht trotzdem in der Akademie der Künste gelagert, gesichtet und bearbeitet werden könnte. Dies sei aber eine Detailfrage. Er wolle, dass der Nachlass zusammenbleibe, aber leider biete der Kulturetat nicht die finanziellen Ressourcen, um das aus eigenen Mitteln leisten zu können.

2. Welche Auswirkungen hat die Kostensteigerung für die Baumaßnahmen auf der Museumsinsel auf die Planung für andere Bau- und Sanierungsprojekte der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin (z. B. Neubau des Zentraldepots in Friedrichshagen, Sanierung der Neuen Staatsbibliothek, Ausgestaltung des Humboldt-Forums oder die Verlagerung des Museums Europäischer Kulturen zum Kulturforum sowie die Archäologische Promenade in den Sockelgeschossen der Museumsinsel), und welche Position bzw. Strategie verfolgt der Regierende Bürgermeister und Kultursenator diesbezüglich im Dialog mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und dem Bund?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) antwortet auf die Frage von **Sabine Bangert** (GRÜNE), dass die Baumaßnahmen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit Ausnahme des Humboldt-Forums zu 100 Prozent vom Bund getragen würden. Insofern gehe es bei dieser Frage offenbar um die Mehrkosten beim James-Simon-Eingangsgebäude, was mit ca. 29 Mio. Euro zu Buche schlagen werde. Für diese Baumaßnahme sei die Stiftung Preußischer Kulturbesitz gemeinsam mit dem BBR zuständig, die auch eine entsprechende Prüfung vorgenom-

men hätten. Berlin sei dabei als Sitzland in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zeitnah eingebunden.

Hinsichtlich der Einsparungen an anderer Stelle gebe es Überlegungen in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die auf der nächsten Sitzung des Stiftungsrats im Dezember zu besprechen seien, sodass es hoffentlich keinerlei Auswirkungen für die anderen Bauprojekte geben werde. So stelle es sich wenigstens im Moment dar. – Das Humboldt-Forum sei ohnehin eine separate Baumaßnahme, und für das Museum Europäischer Kulturen seien keine Konsequenzen erkennbar, da es für die Verlagerung auch noch keine aktuellen Pläne gebe. – Er würde dafür plädieren, bei den gerade laufenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene eine Aufstockung des Bauetats für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Erwägung zu ziehen.

Sabine Bangert (GRÜNE) bittet die Kulturverwaltung, den Ausschuss dann über die betreffenden Ergebnisse der nächsten Sitzung des Stiftungsrats zu informieren.

Vorsitzender Frank Jahnke stellt fest, dass die Kulturverwaltung dies zusage.

3. Wie steht der Senat zu dem Vorschlag des Architekten Stephan Braunfels, beim Wiederaufbau des Stadtschlusses auf eine Ostfassade zu verzichten?
(auf Antrag der Piratenfraktion)

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) antwortet auf die Frage von **Philipp Magalski** (PIRATEN), dass er hierzu nur feststellen könne, dass dieser Vorschlag zu spät komme. Mögliche Auswirkungen auf den Teil, den Berlin mit der Bibliothek belege, könne er fachmännisch gar nicht abschätzen. Allerdings habe er persönlich, nachdem die Entscheidung für eine Rekonstruktion des Schlosses nun einmal gefallen sei, immer bedauert, dass der Deutsche Bundestag beschlossen habe, nur drei Seiten des Schlosses zu rekonstruieren. Insofern sehe er persönlich in der jetzt vorgesehenen Ostfassade eine Schwachstelle. Aber – wie bereits gesagt – komme der neue Vorschlag zu spät, so bestechend und schön die zugehörigen Bilder auch seien.

Vorsitzender Frank Jahnke stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung vorliege und der Tagesordnungspunkt erledigt sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Weitere Entwicklung des Radialsystems und des
Grundstücks Holzmarktstrasse 25 unter
kulturpolitischen Gesichtspunkten**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0063](#)
Kult

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Über Ideen und Erfahrungen zu
zielgruppenorientierter Kulturarbeit in
landeseigenen Kultureinrichtungen**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0006](#)
Kult

Wolfgang Brauer (LINKE) erklärt, dass man mit diesem Besprechungspunkt den Blick auf die Rezipienten der Kulturarbeit in den landeseigenen Kultureinrichtungen lenken wolle. Das CDU-Wahlprogramm habe ausdrücklich formuliert, dass die Berliner Kultur nicht nur für die Touristen gefördert werden solle, und nach dem SPD-Wahlprogramm seien die Teilhabe aller am kulturellen Leben und die integrative Funktion der Kulturpolitik für den Zusammenhalt des Gemeinwesens von großer Bedeutung. Diese auch aus seiner Sicht positiven Ziele hätten Eingang in die Koalitionsvereinbarung gefunden – unter dem Titel „Soziales Engagement der Kultureinrichtungen“. Dort sei auf Seite 93 zu lesen: „Von den Kultureinrichtungen, insbesondere von den aus öffentlichen Mitteln geförderten Institutionen, muss eine gesellschaftspolitische Nachhaltigkeit gefordert werden.“

Was habe sich hinsichtlich dieser gesellschaftspolitischen Nachhaltigkeit seit dem Regierungsantritt der großen Koalition getan? Welche Erfahrungen lägen vor, und welche Ideen verfolge die große Koalition diesbezüglich? Wie schätze der Senat generell die zielgruppenorientierte Kulturarbeit von Kultureinrichtungen ein? Inwieweit stelle sich der Senat mit der Qualifizierung der kulturpolitischen Leitlinien auf die sich verändernde demographische Struktur der Stadt und die entsprechenden soziale Prozesse ein? – Mittlerweile seien ganze Teile der Bevölkerung ausgeschlossen, weil sie sich Kultur nicht mehr leisten könnten und aufgrund fehlender bildungskultureller Voraussetzungen gewissermaßen von Kultur ferngehalten würden. Habe der Senat ein Umsetzungskonzept für die bereits angeführte Zielsetzung in der Koalitionsvereinbarung? Inwieweit seien entsprechende Zielvereinbarungen mit den vom Land geförderten bzw. landeseigenen Kultureinrichtungen abgeschlossen worden?

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) weist darauf hin, dass mit dieser Frage auch grundsätzlich die Legitimierung von öffentlicher Kulturförderung angesprochen sei. In die Richtlinien der Regierungspolitik sei das Ziel der chancengleichen Teilhabe aufgenommen worden, und das werde auf vielfältigen Feldern umgesetzt. So setze man die Offensive kulturelle Bildung ebenso fort wie die Initiative „be Berlin – be diverse“, mit der die kulturelle Diversität stärker in den öffentlichen Fokus gebracht werden solle. Auch die 820 000 Berlinerinnen und Berliner, die einen anderen als den originär deutschen Hintergrund hätten, stellten einen großen kulturellen Reichtum dar, den man öffentlich sichtbar machen müsse. Andererseits müsse man diesen Menschen auch verstärkt einen Zugang zu den Berliner Kultureinrichtungen bieten. Barrierefreiheit sei ein dritter Schwerpunkt.

Er setze weniger auf große Konzepte, sondern mehr auf die konkreten Ansätze. Das Rahmenkonzept Kulturelle Bildung und der Projektfonds Kulturelle Bildung seien sehr positive Schritte gewesen. Durch die Zusammensetzung der Bevölkerung in Berlin sei dort kulturelle Bildung im Übrigen stets auch interkulturelle Bildung und interkulturelle Arbeit. Der Abgeordnete Brauer habe den sozialen Aspekt der Teilhabe am kulturellen Leben in Berlin angesprochen. Hierbei sei u. a. auf den freien Eintritt für Kinder und Jugendliche in den öffentlich

geförderten Museen oder das 3-Euro-Ticket zu verweisen. Auch die interkulturelle Bibliotheksarbeit sei hervorzuheben; die öffentlichen Bibliotheken böten z. B. Medieneinheiten in über 17 Sprachen an und hätten eine eigene Projektgruppe gegründet, um interkulturelle Bibliotheksarbeit nicht nur in der ZLB, sondern auch in den Bezirksbibliotheken zu ermöglichen. Ebenso sei auf KulMon – das Besuchermonitoring an Berliner Kultureinrichtungen – zu verweisen. – Das Thema „Kultur für Menschen mit Behinderung“ werde bei allen Planungen bzw. im Bau befindlichen Kultureinrichtungen vorangestellt. Hierfür hätten Einrichtungen in Berlin mehrfach Preise erhalten wie z. B. kürzlich die Gedenkstätte Otto Weidt.

Zu dem Thema der heutigen Besprechung habe man 21 Berliner Kultureinrichtungen befragt. Deren Antworten, die in dem Papier „Zielgruppenorientierte Kulturarbeit in landeseigenen Kultureinrichtungen – Auswertung der Antworten der landeseigenen Kultureinrichtungen“ zusammengefasst seien, stelle er dem Ausschuss gern zur Verfügung. Alle Kultureinrichtungen hätten geantwortet, und auch die Antworten belegten, welch hohen Stellenwert die Zielgruppenorientierung bei diesen Einrichtungen einnehme. Es bestehe ein riesiges Angebot, das von theaterpädagogischen Workshops und Inszenierungen beim Maxim-Gorki-Theater über die Untertitelung in türkischer Sprache für Opernaufführungen der Komischen Oper bis hin zu Angeboten für Gehörlose im Bröhan-Museum reiche.

Sabine Bangert (GRÜNE) merkt an, dass sicherlich gute Ansätze vorhanden seien, aber angesichts der Vielzahl der Einrichtungen sei der prozentuale Anteil von Maßnahmen, die für mehr Diversität sorgten, bisher verschwindend gering. Staatssekretär Schmitz habe in dem Aufsatz „Diversität im Kulturbetrieb aus Sicht der Politik“ auch selbst das Problem benannt, ohne jedoch weitergehende konzeptionelle Überlegungen darzulegen.

KulMon sei diesbezüglich nicht gut aufgestellt, denn dabei werde z. B. in Bezug auf die Herkunft der Besucher lediglich nach dem Raster „Berlin“, „Deutschland“, „international“ abgefragt, und die Ergebnisse seien relativ wenig aussagekräftig. Hier bestehe ein Optimierungsbedarf. In diesem Zusammenhang empfehle sie den im März 2011 vorgelegten „Bericht zur Evaluation Kulturelle Bildung“, der präzise beschreibe, wo es hake. Das Hauptproblem liege demnach darin, dass bislang klare Kriterien fehlten und die Häuser die Zielsetzungen nicht verschriftlicht hätten. So bestehe zwar bei den Einrichtungen ein Problembewusstsein, aber konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen würden in der Regel nicht formuliert. Nach diesem Bericht verweigerten sich einige Häuser – Berliner Ensemble und Volksbühne – auch gänzlich, während etwa das HAU oder das Maxim-Gorki-Theater – oder LesArt im Bereich der Literatur – als vorbildlich benannt würden.

Wie sei das weitere Prozedere in Bezug auf die Evaluation und die Handlungsempfehlungen? Was unternahme der Senat, damit die Handlungsempfehlungen auch umgesetzt würden? – Sicherlich könne man hierbei nichts erzwingen, aber es gebe sicherlich Möglichkeiten, um den institutionell geförderten Einrichtungen in einem Verhandlungsprozess bestimmte Schritte naheulegen. Aus ihrer Sicht sei man in den letzten Jahren bei diesem Thema nicht sonderlich viel weiter gekommen.

Wolfgang Brauer (LINKE) verweist auf den folgenden Satz in der Koalitionsvereinbarung: „Wir werden die Berliner Kultureinrichtungen gezielt dazu anhalten, die kulturelle Vielfalt durch geeignete Maßnahmen systematisch auf den entscheidenden Ebenen (Programm, Personal, Publikum) zu fördern.“ Staatssekretär Schmitz habe zwar die allgemeinen Handlungs-

felder benannt, in denen sich die Berliner Kulturpolitik in den letzten Jahren mehr oder weniger erfolgreich – häufig mehr erfolgreich – betätige, aber ein neuer innovatorischer Ansatz zur Umsetzung der vorgetragenen Zielsetzung sei nicht erkennbar.

Für die Berliner Kulturpolitik stelle sich auch die Legitimationsfrage. Gerade jetzt höre man immer wieder: Warum gebt ihr dafür so viel Geld aus? – Diese Frage werde nicht nur von kleinkrämerischen Geistern gestellt, sondern das Problem der sozialen Gerechtigkeit und die Gefahr einer großen Legitimationseinbuße würden auch in einer grundsätzlichen Art und Weise angesprochen – z. B. von Max Fuchs, dem Vorsitzenden des Deutschen Kulturrats, in seinem Aufsatz „Ausgrenzung – auch eine Frage der Kulturpolitik?“ oder von Birgit Mandel, der Spezialistin für Kulturmanagement an der Universität Hildesheim, in ihren Analysen.

Birgit Mandel formuliere z. B. die folgende These: „Die Vermittlung von Kunst an ein breites Publikum ist auch aufgrund der historisch bedingten Vormachtstellung des Bildungsbürgertums nicht im Focus des öffentlichen Interesses gewesen. Das Bildungsbürgertum ist bis heute zentrale Anspruchsgruppe von öffentlich geförderter Hochkultur und zeichnet sich gerade dadurch aus und grenzt sich ab dadurch, dass es über Kennerschaft und die richtigen kulturellen Codes verfügt und keiner Vermittlungsinstanzen bedarf.“ – Damit werde auch die Situation in Berlin zutreffend beschrieben. Welche Strategien werde der Senat entwickeln, um aus dem so beschriebenen Kreis herauszukommen?

In der vorangegangenen Sitzung habe sich der Ausschuss mit dem jüngsten Halbjahresbericht zu den landeseigenen Theater- und Orchesterbetrieben – rote Nr. Haupt 0065 H – befasst. Dieser habe zwar viel Positives enthalten, aber trotz aller verdienstvollen Bemühungen um die Ausstattung der Kultureinrichtungen seien signifikante Publikumszuwächse über das tradierte Klientel hinaus kaum zu verzeichnen, sondern in manchen Bereichen zeige sich eher eine rückläufige Tendenz.

Wie stehe es um den Status und das Engagement der Besucherorganisationen, die anders als kommerzielle Anbieter auch eine Publikumspflege betrieben? – Beim 3-Euro-Ticket gebe es auch Begrenzungen. Sei vorgesehen, die sehr unterschiedlichen Zugangshürden einfacher und durchschaubarer zu gestalten? – Zu reden sei auch über den Evaluationsbericht der Kulturloge Berlin, der vieles für eine Diskussion über kulturpolitische Leitlinien und Strategien anbiete. – Warum entschieße sich das Land Berlin nicht dafür, endlich den entgeltfreien Zugang zu den landeseigenen Museen zu gewähren? Dies sei bereits in finanzieller Hinsicht hochgerechnet worden und würde auf ein Nullsummenspiel hinauslaufen.

Thomas Birk (GRÜNE) hebt hervor, dass die Vertreter der Koalitionsfraktionen erstaunlicherweise bei diesem Thema nicht Stellung bezögen, obwohl auch mehrfach der Koalitionsvertrag zitiert worden sei, der recht gute Ziele formuliere. – [Renate Harant (SPD): Der sagt ja auch alles!] – In Ergänzung zum Beitrag des Abgeordneten Brauer: Seiner Fraktion gehe es nicht nur um die Rezipienten, sondern auch um die aktive Teilhabe am Kulturleben. So fordere die Behindertenrechtskonvention für die Menschen mit Behinderung nicht nur die Möglichkeit der passiven Teilhabe – etwa durch barrierefreie Zugänge etc. –, sondern auch die, als Künstler und Künstlerin aktiv zu werden. Das erfordere ein großes Umdenken. Ähnliches gelte für die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten: Für einige Theater sei es offenbar immer noch unvorstellbar, bestimmte Rollen z. B. mit dunkelhäutigen Menschen zu besetzen.

– Auch die Universitäten und andere Kultureinrichtungen, die Menschen ausbildeten, müssten sich in dieser Hinsicht öffnen.

Staatssekretär Schmitz habe betont, dass er weniger an Konzepten interessiert sei, und dessen Ansatz, über konkrete, innovative Einzelschritte voranzukommen, sei in vielerlei Hinsicht erfolgreich. Dennoch biete eine Verwaltung auch Instrumente, um konzeptionell voranzukommen, bestimmte Ziele umzusetzen und zu verstetigen und eine Nachhaltigkeit zu erreichen. Insofern sei also die Zielvereinbarung sicherlich ein geeignetes Instrument. Bedauerlich sei auch, dass in Berlin ein Kulturentwicklungsplan fehle, der solche Ziele aufnehmen könnte.

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) merkt an, dass er dem Vorredner in nahezu allem zustimme. Einen Kulturentwicklungsplan halte er allerdings nicht für sinnvoll, denn der Kulturverwaltung würde damit viel Arbeit aufgebürdet, ohne dass Erfolgsaussichten gegeben seien. In erster Linie benötige man in den Kultureinrichtungen Menschen mit der entsprechenden Kompetenz. In der Berufungspraxis der letzten Jahre habe man in dieser Hinsicht die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Das sei im Zweifel viel wichtiger als ein Papier, das bekanntlich geduldig sei und dann der Umsetzung harre. – Das Instrument der Zielvereinbarung und eine entsprechende Kontrolle hinsichtlich der Einhaltung halte er hingegen ebenfalls für sehr sinnvoll.

Dieser Staat habe möglicherweise in dem einen oder anderen Politikfeld ein Legitimationsproblem, aber für den Kulturbereich treffe das seines Erachtens nicht zu. – Die Kriterien für KulMon habe man geändert; seit geraumer Zeit werde auch nach dem Migrationshintergrund gefragt. – Die geforderte Evaluierung erfolge im Rahmen der Quartalsgespräche, die man mit allen Institutionsleitern führe, aber auch über die Zielvereinbarungen oder die betreffenden Gremiensitzungen.

Insgesamt verfolge man die gleiche Zielsetzung, und aus seiner Sicht gehe es auch voran. Allerdings erschrecke auch er gelegentlich angesichts der Haltung von hochintellektuellen und vermeintlich sensiblen Leitern von Kultureinrichtungen. So habe ein Operndirektor in Bezug auf den geforderten interkulturellen Dialog erklärt, dass man das schon alles habe, weil Vertreter von 30 unterschiedlichen Nationen im Orchester säßen. Insofern gehe es bei dieser Aufgabe um das bekannte Bohren dicker Bretter.

Vorsitzender Frank Jahnke erklärt den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

.